

14. Oktober 1933 – Als der Bremischen Bürgerschaft der Garaus gemacht wurde

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Frau Professorin Dr. Lange,
sehr geehrte Damen und Herren,

Vorbemerkung:

Der 14. Oktober 1933 ist nicht so ein spektakuläres Datum wie z. B. der 30. Januar 1933 – der Tag der Machtübernahme - oder der 8. Mai 1945 – der Tag der Befreiung. Aber er markiert doch ein wichtiges Datum auf dem Weg in die Diktatur.

Adolf Hitler lehnte den Parlamentarismus und die Demokratie erklärtermaßen ab, den deutschen Föderalismus erst recht. Das stand seinen Vorstellungen von einem elitären Führerstaat entgegen. In „Mein Kampf“ schrieb er schon 1925 über den Parlamentarismus:

„Als größtes Schwächemoment wurde schon in der Vorkriegszeit vielfach diese Institution erkannt, in der sich die Stärke des Reiches verkörpern sollte: das Parlament, der Reichstag.“¹ Folgerichtig strebte er dessen Abschaffung an, zumindest aber seine Entmachtung. Der Reichstag in Berlin blieb – nachdem die Landesparlamente schon längst

1 Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, München 1925

abgeschafft worden waren, als Scheinparlament – nicht mit gewählten Abgeordneten, sondern ausschließlich mit NSDAP-Mitgliedern - bestehen, zu entscheiden gab es hier jedoch nichts mehr.

Text für Lesung:

Heute vor 90 Jahren, am 14. Oktober 1933, endete vorerst und ziemlich sang- und klanglos die Geschichte der Bremischen Bürgerschaft. Erst 13 Jahre später, im Sommer 1946 sollte sie fortgesetzt werden. Aber das Ende des deutschen föderalen Parlamentarismus' wurde eigentlich schon deutlich früher, nämlich mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, eingeläutet. Der schleichende Untergang der Weimarer Republik vollzog sich in kleinen und größeren Schritten, bis von der Demokratie nichts mehr übrig war. Und der 14. Oktober 1933 markiert da nur ein weiteres Wegzeichen.

Denn der Parlamentarismus der Weimarer Republik war schon weit vor dem 30. Januar 1933, dem Tag von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Hindenburg, unterhöhlt worden. Hitler hatte sich den konservativen Eliten, die der ersten deutschen Republik ebenfalls ablehnend gegenüberstanden, nicht zuletzt dadurch empfohlen, anstelle eines parlamentarischen demokratischen Systems einen autoritären Führerstaat

etablieren zu wollen. Daraus machten er und seine Bewegung nie ein Geheimnis. Und spätestens seit dem Hitler-Ludendorff-Putsch vom November 1923 standen diese antidemokratischen Ziele wohl jedem deutlich vor Augen. Wie die Kanzler der Präsidiakabinette vor ihm erwirkte auch Hitler bereits am 1. Februar 1933 von Hindenburg die Auflösung des Reichstages und die Ansetzung von Neuwahlen. Der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 – bis heute nicht wirklich aufgeklärt - lieferte dann den willkommenen Anlass für die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat“, mit der die in der Weimarer Verfassung verankerten individuellen Grundrechte „bis auf weiteres“ außer Kraft gesetzt wurden - und die dann bis zum Ende des „Dritten Reiches“ ausgesetzt blieben. So begann der Weg in die Diktatur.

Der 14. Oktober 1933 war ein Sonnabend, die Bremerinnen und Bremer freuten sich auf den bevorstehenden freien Sonntag. Es war ein kühler, schon herbstlicher Tag, trocken, leicht bewölkt, bei ca. 15 Grad. Man bummelte durch den Bürgerpark oder an den Osterdeich-Wiesen entlang oder man erledigte Einkäufe in den vielen Geschäften der Altstadt, die Straßenbahnen ratterten über den Marktplatz in die unterschiedlichsten Richtungen. Geschäftiges Treiben überall. So mancher, der es sich in den wirtschaftlich angespannten Zeiten leisten konnte,

plante etwas Unterhaltsames für den Abend: Im Schauspielhaus – damals noch Am Wall beheimatet – wurde in diesen Tagen (durchaus passend zum Freimarkt) die Premiere des heiteren Schwanks „Husarenfieber“ von Fritz Skowronnek gefeiert, das Stück stand damals auf dem Spielplan vieler Häuser und erfreute sich großer Beliebtheit. Im Metropol-Filmtheater nahe der alten Ansgarii-Kirche flimmerte Willy Forsts rührselige Franz-Schubert-Biographie „Leise flehen meine Lieder“ über die Leinwand. Im Tivoli-Kino An der Weide lief die Komödie „Betragen ungenügend“ mit Anny Ondra² (der späteren Ehefrau des Boxers Max Schmeling³) in der Hauptrolle. Der Film erzählt von den Streichen einer übermütigen Schülerin, die ihren Lehrern gehörig auf die Nerven geht.⁴ Die Schlagzeilen der Bremer Presse wurden währenddessen vom Betrugsprozess zum Nordwolle-Konzern⁵ bestimmt. Die Anklage lautete bei dem Prozess, der erst im August 1933 vor dem Landgericht Bremen gegen die Gebrüder Lahusen eröffnet worden war, auf betrügerischen Bankrott und Bilanzfälschung. Ein Wirtschaftskrimi! Denn der Bankrott, der 1931 eine internationale Bankenkrise ausgelöst hatte, der nicht nur die Familie Lahusen, sondern

2 Anny Ondra-Schmeling, 1902 bis 1987, tschechisch-österreichische Schauspielerin.

3 Max Schmeling, 1905 bis 2005. Deutscher Schwergewichtsboxer und zwischen 1930 und 1932 Schwergewichts-Boxweltmeister. Ein Comeback als Champion gelang ihm, trotz des Sieges 1936 gegen Joe Louis, im entscheidenden zweiten Kampf von 1938 nicht mehr.

4 Vgl. Weser Zeitung v. 14. Oktober 1933

5 Vgl. hierzu u. a.: Spiegel Geschichte, „Als ein deutscher Wollbaron die Welt erschütterte“: Carl Lahusen - Er frisierte Bilanzen, verschleierte Verluste und täuschte alle: 1931 sorgte der Bremer Industrielle Carl Lahusen für den größten Wirtschaftsskandal der Weimarer Republik. Der Millionenbetrüger riss die zweitgrößte Bank mit in den Abgrund - und hätte beinahe die deutsche Finanzwelt ruiniert. Hamburg, 2011

auch einen ehemaligen Senator (Bömers), die DaNat-Bank und nicht zuletzt die bremischen Finanzen in den Abgrund zog, beschäftigte die Bürgerinnen und Bürger Bremens nun schon seit Jahren. Der Zusammenbruch der Nordwolle ist bis heute eine der spektakulärsten Wirtschaftspfeiten in der Geschichte Deutschlands. Sie kostete einen Großteil der 25 000 Beschäftigten den Arbeitsplatz.⁶

Aber es gab auch andere, bedrohlichere Schlagzeilen an diesem Tag. Deutschland erklärte seinen Rückzug aus der Genfer Abrüstungskonferenz. Diese Zusammenkünfte in Genf gehörten zu einer internationalen Konferenz, die vom Februar 1932 bis zum Juni 1934 mit Unterbrechungen in der Schweiz tagte. Das Bestreben bestand darin, das Rüstungsniveau der teilnehmenden Staaten „in dem höchsten, mit der jeweiligen nationalen Sicherheit zu vereinbarenden Maße“, zurückzufahren. Doch diese Konferenz war, wie so viele vor und nach ihr, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zu unterschiedlich waren die Ziele, die Frankreich, die USA und das Vereinigte Königreich verfolgten, während Deutschland seine aus dem Versailler Vertrag stammenden Rüstungsbegrenzungen als Fesseln betrachtete. Deutschland, das sich seit dem verlorenen Weltkrieg ohnehin nicht mehr gleichberechtigt fühlte, nahm dann einen Vorschlag der britisch-französischen Delegation, dem zufolge das Deutsche Reich eine mehrjährige

6 Vgl. Weser Zeitung und Bremer Nachrichten, div. Ausgaben, Oktober 1933

„Bewährungsperiode“ durchlaufen müsste, bis die anderen Mächte rüstungsmäßig mit ihm gleichziehen würden, zum willkommenen Anlass, die Konferenz publikumswirksam zu verlassen. Der Vorschlag für eine „Bewährungsperiode“ war aber wohl auch als Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und aus Sorge über die zunehmend schrillen Töne der deutschen Presse und den staatsoffiziellen außenpolitischen Verlautbarungen eingebracht worden. Die Siegermächte waren misstrauisch! Für Hitler aber bot sich so eine gute Gelegenheit, sich aus diesem ohnehin mit Argwohn betrachteten Gremium zurückzuziehen.

Und nicht nur das: Mit einem Paukenschlag verkündete die Reichsregierung am 14. Oktober 1933 Deutschlands nicht nur den Bruch mit dieser internationalen Organisation! So stand an diesem Tag in dicken Lettern auf der ersten Seite in der Bremer Weser-Zeitung:

„Deutschland verlässt die Abrüstungskonferenz in Genf!
Deutschland verlässt den Völkerbund! Der Reichspräsident erklärt den Reichstag für aufgelöst und schlägt Neuwahlen für den 12. November 1933⁷ vor! Wahlen zu den Länderparlamenten sollen vorerst nicht mehr stattfinden!“⁸
Und das betraf nun auch Bremens Bürgerschaft!

7 Am 12. Nov. 1933 fand zugleich mit den Wahlen zum Reichstag eine nachträgliche Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund statt, die eine Zustimmung von rund 95 Prozent der Wahlberechtigten erbrachte. Es galt eine zweijährige Kündigungsfrist, wodurch Deutschland de jure noch bis 1935 Mitglied des Völkerbunds blieb. Das Personal wurde aus allen Gremien abgezogen.

8 Vgl. Weser Zeitung, 14. Oktober 1933

Mit diesen drastischen Schritten hatten wohl nicht viele gerechnet: Am selben Abend notierte der Kunstmäzen und liberale Diplomat Harry Graf Kessler, der schon im Frühjahr 1933 nach Paris geflüchtet war, in sein Tagebuch:

„Die Nachmittagszeitungen bringen die Nachricht, dass die Hitler-Regierung ihren Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz proklamiert. Das hat hier in Paris und, wie es scheint, auch in London wie eine Bombe eingeschlagen. In der Tat ist es das folgenschwerste europäische Ereignis seit der Ruhrbesetzung⁹. Es kann in kurzer Zeit zur Blockade Deutschlands und vielleicht zum Krieg führen.“¹⁰

Ein Krieg zu diesem frühen Zeitpunkt – das war aber gerade das, was der „Führer“ der NSDAP nicht wollte. Nichts fürchtete er in seinen ersten Regierungsmonaten mehr als einen bewaffneten Konflikt mit den Westmächten, in dem das militärisch eher schwache Deutschland nur unterliegen konnte. Deshalb suchte er die internationale Öffentlichkeit zu beschwichtigen, indem er in einer abendlichen Rundfunkansprache versicherte, dass er für sein Land nichts anderes wolle, als den ihm zustehenden gleichberechtigten Platz unter den Nationen. Scheinbar setzte er damit den auf Verständigung angelegten

9 Ruhrbesetzung: Okkupation der bis dahin unbesetzten Teile des Ruhrgebietes durch Besatzungstruppen Frankreichs und Belgiens ab Anfang 1923 bis 1925.

10 Volker Ullrich, „Als er ausgeredet hatte, kam das Schlimmste!“, Deutschlandradio Kultur, 14. Oktober 2008

außenpolitischen Kurs der Weimarer Republik fort. Tatsächlich aber wollte Hitler nur Zeit gewinnen, um die Aufrüstung zu beschleunigen und sich der Fesseln des Versailler Vertrages endgültig zu entledigen.

Dabei kam ihm zur Hilfe, dass die Abrüstungsverhandlungen in Genf seit dem Frühjahr 1933 ins Stocken geraten waren. Franzosen und Briten hatten den Deutschen zwar einige Zugeständnisse angeboten, waren aber aus guten Gründen nicht bereit, sie als gleichberechtigte Partner auf dem Rüstungssektor zu akzeptieren. Die Reichswehrführung unter Minister Werner von Blomberg drängte deshalb darauf, die deutschen Vertreter aus Genf abzuziehen und gleichzeitig den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu verkünden. Nach einigem Zögern stimmte Hitler Anfang Oktober 1933 zu. Am 13. wurde das Kabinett in Kenntnis gesetzt und die Presse für die Ausgaben des 14. Oktober informiert, am selben Abend wandte sich der Diktator dann in einer Rundfunkansprache an das deutsche Volk. Er kündigte an, dass am 12. November eine Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund stattfinden solle, verbunden mit einer erneuten Neuwahl des erst am 5. März 1933 gewählten Reichstags.

Da ging die Ankündigung der Auflösung der Landesparlamente fast unter! Wenn man die Zeitungen der Folgetage – die allerdings längst nicht mehr unabhängig

und frei berichten konnten - durchblättert, findet sich dieses Thema höchstens in Nebensätzen. Der gewaltige Bedeutungsverlust, den die Bürgerschaft schon seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten erlitten hatte, wurde nun unübersehbar.

Denn während der Reichstag dem Ausland gegenüber noch eine gewisse parlamentarische Alibi-Funktion zu erfüllen hatte und Hitler so auch die Möglichkeit gab, die Zustimmung zu seiner Politik bestätigen zu lassen, war für die Länderparlamente in einem gleichgeschalteten Staat, der auf allen Ebenen das „Führerprinzip“ durchzusetzen versuchte, kein Platz mehr. Dennoch war zunächst an deren Weiterbestehen gedacht.

Auch in Bremen hatte sich nach der Machtübernahme vieles sehr schnell verändert.¹¹ Das politische Leben der Hansestadt geriet völlig aus den gewohnten Bahnen: Wenige Tage nach dem Beginn der Kanzlerschaft Hitlers, am 4. Februar 1933, konnte die Bremer KPD zwar noch einen großen Umzug durch Walle und eine gut besuchte Kundgebung zum Gedenken an das Ende der Bremer Räterepublik¹² im Lokal Casino Auf den Häfen veranstalten, Regelrechten Biss hatte die äußerste Linke nun aber nicht mehr, erste Parteimitglieder tauchten unter

11 Vgl. zu diesem Abschnitt: Dieter Fricke, „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ – Verfolgte Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft, S. 18 ff, Bremen 2015

12 Die Bremer Räterepublik wurde im Zuge der Novemberrevolution am 10. Januar 1919 ausgerufen und am 4. Februar 1919 in Bremen sowie am 8./9. Februar 1919 in Bremerhaven blutig niedergeschlagen. Vorausgegangen war ihr die Machtübernahme durch einen Arbeiter- und Soldatenrat am 6. November 1918

oder wurden inhaftiert. Ein striktes Verbot des Senats aus Sozialdemokraten und Bürgerlichen, beim Ehrenmal auf dem Waller Friedhof einen Kranz niederzulegen, wurde ohne Diskussion befolgt. Dieser doch sehr öffentlichen Präsenz folgten in den kommenden Wochen noch mehrere Veranstaltungen und Flugblattaktionen der Kommunisten. Sogar die Bremer „Arbeiter-Zeitung“ (seit dem 4. Februar waren Zeitungen der KPD eigentlich in den meisten deutschen Ländern verboten) erschien in der Hansestadt weiter. Erst am 25. Februar wurde das Erscheinen der Zeitung wegen einiger Artikel, in denen zum Widerstand gegen das neue Regime aufgerufen wurde, vom Senat verboten. Zunächst für sechs Tage, schließlich dauerhaft. Eine Zeitlang verteilten die Parteimitglieder noch hektographierte Ausgaben der Zeitung und andere Schriften. Große Versammlungen gab es aber nun nicht mehr, nur noch kleinere geheime Treffen, Kurierdienste, getarnte Briefwechsel. Die Verzweiflung muss groß gewesen sein. Die Polizei tat alles, um jegliche Aktivitäten auszuschalten. Die Bremer NS-Kreisleitung beschwerte sich lautstark beim Berliner Innenministerium über die lasche Haltung des Senats, während die Polizei ihre Erfolge bei der Bekämpfung der angeblich so gefährlichen Kommunisten übertrieb und der verunsicherte Senat einfach so tat, als ob es keine Veranlassung für ein Eingreifen des Reiches in Bremen gab. Denn der bremische Staat befand sich in während dieser Wochen in einer äußerst

schwierigen Situation: „Die Tatsache, dass sich in Bremen die NS-Bewegung nur zur zweitgrößten Kraft hatte entwickeln können und in der Hansestadt die letzte, nicht nur geschäftsführende demokratische Regierung eines deutschen Landes bestand, konnte sowohl zu falschen Hoffnungen verführen – nämlich, dass man die Krise einfach aussitzen könne – wie als besondere Bedrohung empfunden werden. Die Bremer Polizei legte in vorausgehendem Gehorsam die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ sehr streng aus, obwohl kaum jemand an die real bestehende Gefahr eines kommunistischen Aufstands glaubte. Auf Weisung des Reichsinnenministeriums waren nun sämtliche kommunistische Druckschriften und Versammlungen zu verbieten. Am 1. März kam es daher zu Durchsuchungen in den Bremer Geschäftsstellen der KPD, in der parteieigenen Druckerei¹³ am Buntentor und in den Wohnungen etlicher Funktionäre, umfangreiches Material wurde sichergestellt, mancher wurde inhaftiert. In Hemelingen wurden 17 sogenannte „Zettelkleber“ festgenommen. Der schwere Weg der KPD in die Illegalität hatte begonnen.

Auch die Bremer Sozialdemokraten waren besorgt, wogen sich aber zunächst noch in eine scheinbare Sicherheit. Am Tag vor den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 hatten sie noch mit einer großen Demonstration (mehr als 30.000

13 Zur Geschichte der Druckerei: Dieter Fricke. Das rote Haus – Vom Linken-Treffpunkt zur Folterstätte, in: Eva Maria Bast / Tobias Meyer, Bremer Geheimnisse, Überlingen 2016, S. 105 bis 109

Menschen versammelten sich auf einem Platz an der Nordstraße im Bremer Westen) die nun schon voraussehbare Entwicklung aufzuhalten versucht, doch - wie es sich in den nächsten Tagen zeigte – alles sollte vergebens sein. Schon am 3. März hatte SPD-Senator Wilhelm Kleemann¹⁴ notgedrungen die Suspendierung zweier Feuerwehrleute, die zur KPD gezählt wurden, bekannt gegeben. Und das war nur der Auftakt für eine ganze Serie von Entlassungen kommunistischer (später auch sozialdemokratischer) Beamter und Angestellter aus dem Öffentlichen Dienst. Die Sozialdemokraten blieben zunächst einigermaßen unbehelligt, noch hatte die SPD ja auch drei Vertreter im immer noch amtierenden Senat.

Am 2. Februar 1933 fand eine große Mitgliederversammlung statt, auf der der Redakteur Alfred Faust¹⁵ wieder zum Bremer SPD-Reichstagskandidaten gewählt wurde. Am 1. März, nach einer Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold¹⁶, kam es in Walle zu einer Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und betrunkenen Nazis, die mit mehreren verletzten Reichsbannermännern und einem Toten, Johann Lücke,

14 Wilhelm Kleemann, 1885 bis 1956. Pädagoge und Politiker (SPD), Senator von 1928 bis 1933, von den Nationalsozialisten inhaftiert von März bis Mai 1933. Nach dem Krieg 1949 bis 1951 Landesvorsitzender der Bremer SPD.

15 Alfred Faust, 1883 bis 1961, Werbefachmann, Redakteur, sozialdemokratischer Politiker, ab 1950 Pressesprecher des Bremer Senats.

16 Das Reichsbanner war während der Weimarer Republik ein politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik, der in veränderter Form bis heute besteht. Anfang der 1930er-Jahre war das Reichsbanner mit nach eigenen Angaben ca. 3 Millionen Mitgliedern die größte demokratische Massenorganisation. Diese Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer wurde 1924 durch eine Initiative aus den drei Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) gegründet.

tragisch endete¹⁷. Das Ausmaß und die Plötzlichkeit der Verhaftungen übertrafen – nicht nur in Bremen – schnell das Fassungsvermögen der vorhandenen Gefängnisse, so wurde notgedrungen aus den Mißler-Auswanderhallen in Findorff Bremens erstes Konzentrationslager.

Es ist nachgewiesen, dass die Bremer Kreisleitung der NSDAP bereits weit vor den März-Wahlen Kontakt mit dem Reichsinnenministerium Dr. Frick hatte, erklärtermaßen mit dem Ziel, den Bremer Senat zu stürzen. Immerhin war hier zu diesem Zeitpunkt noch die letzte deutsche, demokratisch gewählte Landesregierung im Amt. Ein Zustand, der den neuen Machthabern missfallen musste.

De facto lag die Polizeigewalt zu diesem Zeitpunkt aber schon in den Händen der Reichsregierung mit ihren „Hilfspolizisten“, den SS- und SA-Leuten, und nicht mehr in den Händen des Senats, die Apokalypse hatte auch in Bremen begonnen.

Der Streitpunkt um die Bannmeile rund um das Rathaus herum wurde dann zum offenen Machtkampf. Denn während die Bremer Nationalsozialisten darauf bestanden, endlich auch in der Bremer Innenstadt einen Fackelzug „zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers“ zu veranstalten, beharrte der Senat auf einem Verbot: Plätze und Straßen seien zu eng. Alternativ wurde das Gelände am

17 Der Täter, Otto Löblich, SS-Sturmführer, wurde erst 1950/1952 zur Rechenschaft gezogen und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. 1933 hatte man das eingeleitete Verfahren gegen ihn kurzerhand eingestellt.

Grünenweg in der Neustadt angeboten. Das fand die gemäßigte NS-Kreisleitung unter Konsul Bernhard¹⁸ annehmbar, der für Bremen zuständige Oldenburger Gauleiter Carl Röver¹⁹, der nur gering ausgeprägte Sympathien für die „Bremer Pfeffersäcke“ mitbrachte, wandte sich – damit unzufrieden - an das Reichsinnenministerium. Er wollte den Marktplatz für den Fackelmarsch um jeden Preis durchsetzen. Der ungleiche Kampf zwischen Bremen und Berlin ging nun in die nächste Runde. Am 1. März kam die unmissverständliche Forderung aus dem Reichsinnenministerium, die Bremer Bannmeile unverzüglich freizugeben. Der Senat zögerte, gab aber schließlich teilweise nach. Eine Rede Hitlers durfte am 4. März über Lautsprecher auf den Bremer Marktplatz übertragen werden. Eine Intervention des parteilosen Bremer Bürgermeisters Martin Donandt²⁰ beim Reichspräsidenten blieb erfolglos.

Ebenfalls am 4. März, dem Tag vor den Reichstagswahlen, demonstrierten die Bremer Sozialdemokraten noch einmal ihre Stärke: Viele tausend Menschen nahmen an einer Kundgebung der „Eisernen Front“²¹ teil, auf der Alfred Faust sprach. Zeitgleich nahm die Bremer Polizei 40

18 Konsul Otto Bernhard, 1880 bis 1952, Kaufmann und Politiker (NSDAP), ab 1926 Konsul von Siam (Thailand), 1932/33 Vorsitzender der NSDAP-Bürgerschaftsfraktion. Senator für Wirtschaft von 1933 bis 1945.

19 Carl Röver, 1889 bis 1942. Reichsstatthalter für Oldenburg und Bremen.

20 Martin Donandt, 1852 bis 1937, Jurist und nationalliberaler Politiker, Senator und Bürgermeister (1920 bis 1933) in Bremen.

21 Die Eisernen Front war ein 1931 gegründeter Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

kommunistische Funktionäre fest und brachte sie ins Gefangenenhaus am Ostertor.

Am Tag darauf, dem Wahltag, musste die NSDAP dann eine unerwartete Schlappe hinnehmen. Reichsweit kam sie auf nur 43,9 Prozent, gemeinsam mit den Deutschnationalen erreichten sie 51,9 Prozent. Für Verfassungsänderungen wären aber zwei Drittel der Stimmen notwendig gewesen. In Bremen war das Wahlergebnis noch niederschmetternder: Nur 32,3 Prozent stimmten für die NSDAP, für die DNVP 14,4 Prozent, die SPD erhielt 30 Prozent, die KPD 13,5 Prozent und die DVP 5,7 Prozent. Dessen ungeachtet betrieben die Nazis den Sturz des Senats, die Auflösung der Bürgerschaft und die endgültige „Gleichschaltung“ Bremens mit dem Reich unbeirrt weiter.

Der 6. März 1933 sollte dann das vorläufige Ende besiegeln. Es gab Aufläufe von Nationalsozialisten auf dem Marktplatz, die ehrwürdige Roland-Statue wurde mit einer Hakenkreuzflagge dekoriert. Vor einer zunächst geplanten Räumung schreckte der Senat zurück, um ein mögliches Blutvergießen zu verhindern. Nun verlangten die Demonstrierenden das Hissen einer Hakenkreuzflagge auch auf dem Rathaus. Die NS-Kreisleitung forderte zudem ultimativ, dass „die Sozis“ bis 20 Uhr aus dem Senat zu verschwinden hätten und die Ernennung eines NS-

Innensenators, Richard Markert²². Das kam einer Erpressung gleich, aber rechtsstaatliche Gepflogenheiten waren ohnehin längst außer Kraft gesetzt. Der Senat debattierte stundenlang, rang sich schließlich halbherzig zum Hissen der schwarz-weiß-roten Flagge des ehemaligen Kaiserreiches, nicht aber der Hakenkreuzflagge durch. Um 17.45 Uhr resignierten die drei sozialdemokratischen Senatoren Wilhelm Kaisen²³, Wilhelm Kleemann und Emil Sommer²⁴ und traten zurück. Der Rest-Senat beharrte nun darauf, dass nur die Bürgerschaft einen Senator wählen könne. Das dauerte den Nazis deutlich zu lange. Sie verteilten ein Flugblatt mit der falschen Schlagzeile „Der Senat tritt zurück“ auf dem Marktplatz und ließen den Reichsinnenminister telefonisch Richard Markert zum Innensenator ernennen. Die verärgerte NS-Kreisleitung wollte aber nicht den Eindruck der Illegalität erwecken und beließ den Rumpf-Senat noch bis zum 10. März im Amt. Schon in der Bürgerschaftssitzung am 8. Februar 1933 hatte Konsul Bernhard, damals Vorsitzender der NSDAP-Fraktion, gemeinsam mit den Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) die Auflösung des Bremer Parlaments beantragt²⁵, um die Bürgerschaft gemeinsam mit den Reichstagswahlen am 5. März 1933 neu

22 Richard Markert, 1891 bis 1957. Jurist und Politiker (NSDAP). Bremer Polizeisenator ab 5. März 1933, ab 19. März 1933 kommissarischer Vorsitzender des Senats, Oktober 1933 bis Oktober 1934 Bremer Bürgermeister. Auf Betreiben des Reichsstatthalters für Oldenburg und Bremen, Carl Röver, abgesetzt.

23 Wilhelm Kaisen, 1887 bis 1979, Stuckateur und Politiker (SPD). Zwischen 1928 und 1933 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945 bis 1965 Senatspräsident und Bürgermeister von Bremen.

24 Emil Sommer, 1882 bis 1937, Gewerkschaftssekretär und Politiker (USPD/SPD). 1928 bis 1933 Senator für Bau in Bremen.

25 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933, Sitzung 1 bis 7, S. 85/87.

wählen zu lassen. Dazu konnte sich das Parlament zunächst nicht durchringen. In der Sitzung am 17. Februar 1933²⁶ stand das Thema erneut auf der Tagesordnung, wurde aber wieder nicht dringlich behandelt. Bei der Sitzung am 10. März 1933 war dann alles anders. Es war eine Sitzung unter unglaublichen Bedingungen übrigens. In den Korridoren drängten sich bedrohlich uniformierte Nazis, die meisten kommunistischen Abgeordneten fehlten bereits, sie waren schon verhaftet worden. Das Protokoll vermerkte bei diesen Namen süffisant: „Fehlt entschuldigt“. Demokratische Regeln galten nichts mehr! Konsul Bernhard beantragte die Auflösung der Bürgerschaft mit der grotesken Begründung: „Die vollkommene politische Umstellung im Reiche, die Lösung von den bisherigen, zum Teil marxistischen Methoden, hat es im Reich notwendig gemacht, dass überall die Auflösung von Körperschaften stattgefunden hat, um neue Körperschaften der Stimmung des deutschen Volkes so gut wie möglich anzupassen. Das auch [die Zusammensetzung] der Bremischen Bürgerschaft schon längst nicht mehr der heutigen Stimmung der bremischen Bevölkerung entspricht, dürfte wohl außer Zweifel sein.“ Dann verstieg sich der Konsul sogar zu folgender etwas absonderlichen Behauptung: „Auch das Ausland, mit dem so viel gerade in unseren Hansestädten gearbeitet wird, wird sicherlich mit einem starken, national gesinnten, stolzen und selbstbewussten Bremen viel lieber wieder neue

Verbindungen knüpfen!“ Schließlich verlangte er noch – wohl wissend, dass das demokratischen Gepflogenheiten und der Bremischen Verfassung nun so gar nicht entsprach: „...dass das bremische Parlament sich in seiner Zusammensetzung dem Reichstag tunlichst anzupassen habe!“ Und weiter: Die Bürgerschaft sollte daher der Umwelt kein trauriges Schauspiel bieten und würdig zu sterben in der Lage sein!“²⁷ Für die SPD antwortete der Fraktionsvorsitzende Emil Theil²⁸, und die Resignation ist deutlich herauszuhören: „Meine Fraktion hat einmütig beschlossen, dem Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft zuzustimmen!“ Aber: „Die sozialdemokratische Fraktion ruft die Wähler um ihrer selbst willen zum Protest gegen diese Politik auf. Die sozialdemokratische Fraktion“ – das zielte deutlich auf die Vorgänge um den Bremer Senat – „verwahrt sich entschieden gegen den Eingriff des Reichs in die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Bremens. Die Einsetzung eines Reichskommissars für die Polizei lässt sich weder aus den tatsächlichen Verhältnissen als aus der Reichsverfassung rechtfertigen. Durch diesen Kommissar werden die verfassungsmäßigen Grundlagen des bremischen Staatswesens stark gefährdet!“²⁹ Die Sozialdemokraten stimmten dann zwar notgedrungen der

27 Ebda., S. 129

28 Emil Theil, 1892 bis 1968, Dreher und Politiker (SPD). 1921 bis 1933 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1922 bis 1933 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Während des Dritten Reiches mehr als drei Jahre inhaftiert. 1945 bis 1955 Senator für Bau in Bremen.

29 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933, Sitzung 1 bis 7, S. 131

Auflösung zu, hofften aber noch auf die zugesagten Neuwahlen.

Auch von bürgerlicher Seite gab es Kritik am Vorgehen der Nationalsozialisten an den vorausgegangenen Tagen: Der liberale Abgeordnete Prof. Carl Dietz³⁰ (DVP) merkte unter dem Gelächter der NSDAP-Abgeordneten an: „Die Ruhe und Ordnung ist in Bremen nirgends gefährdet gewesen, es sei denn von Ihnen!“³¹ Das Protokoll vermerkte hierzu: Stürmischer Beifall bei der SPD, stürmischer Widerspruch und Pultdeckelklappern bei den Nationalsozialisten. Die Sitzung glich inzwischen einem Tollhaus.

Das Sitzungsprotokoll vermerkt schließlich lapidar zum Schluss: „Der Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft wurde einstimmig angenommen.“³²

Das Parlament löste sich also auf. Reguläre Neuwahlen sollte es jedoch nicht mehr geben. Am 14. März resignierte auch der Rumpf-Senat endgültig und gab auf. Es war aber auch niemandem so richtig klar, wie es nun weitergehen sollte. Jegliche staatliche Organisationsform befand sich in Auflösung. Zunächst sah es so aus, als würde es zu den versprochenen Neuwahlen kommen. Die Parteien versuchten daher, Kandidatenlisten aufzustellen. Das erwies sich jedoch als schwierig, da kaum noch Mitgliederversammlungen stattfinden konnten, auch viele

30 Carl Dietz, 1870 bis 1943, Schuldirektor und liberaler Politiker (DVP), 1909 bis 1918 und 1920 bis 1933 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Fraktionsvorsitzender der DVP.

31 Ebda., S. 133

32 Ebda., S. 135

der möglichen Kandidaten verzichteten aus Angst vor Repressalien. Mit dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 endete dann eigentlich schon die Geschichte der Landesparlamente. In diesem Gesetz wurde festgelegt, dass „die Volksvertretungen der Länder – soweit noch nicht geschehen – aufgelöst werden und nach den Stimmzahlen der Reichstagswahl vom 5. März neu zusammengesetzt werden. Dabei war klar, dass die Sitze für die fast schon verbotene KPD gar nicht erst zugeteilt werden sollten.³³ Auch die bürgerlichen Parteien resignierten und sahen kaum noch einen Sinn in ihrer Arbeit. Die Bremer DNVP stellte seine politische Tätigkeit ganz ein, seine Angeordneten schlossen sich im April 1933 der NSDAP an. Die völlig verunsicherte SPD existierte zwar noch, war aber längst mutlos, zumal viele ihrer Funktionäre schon verhaftet waren oder sich zurückgezogen hatten. Als am 28. April dann eine konstituierende Sitzung der neuen Bremischen Bürgerschaft einberufen wurde, waren die Abgeordneten einfach bestimmt worden. An der Sinnlosigkeit dieser Veranstaltung konnte auch ein feierlicher Gottesdienst im Dom vor der konstituierenden Sitzung nichts mehr ändern. Der durch Akklamation bestimmte neue Parlamentspräsident und NSDAP-Abgeordnete Kurt Thiele³⁴ betonte in seiner

33 Vgl. Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 4, Hamburg 1985, S. 65 ff

34 Kurt Thiele, 1896 bis 1969, kfm. Angestellter beim Norddt. Lloyd in Bremerhaven und Bremen, und Politiker (NSDAP). 1930 bis 1933 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Fraktionsvorsitzender. 1933 bis zur Auflösung Präsident der Bürgerschaft. Später Gauamtsleiter und Landrat im Landkreis Oldenburg.

Eröffnungsrede, dass die Bürgerschaft sich künftig nur noch auf beratende Funktionen beschränken würde. Selbst dazu kam es nicht, da diese Bürgerschaft nie wieder zusammentreten sollte. Damit ist die Geschichte fast an ihrem fatalen Ende angelangt. Legislative und Exekutive waren nicht länger getrennt, die Macht in Bremen ging an den Senat über. Zumindest ein bisschen. Denn auch der war nicht mehr gewählt und nicht mehr unabhängig: Das Land Bremen ging - mit einigen Sonderrechten – im Gau Weser-Ems auf, die Gauleitung unter dem Reichsstatthalter Carl Röver in Oldenburg bestimmte künftig die handelnden Personen und den Kurs der bremischen Politik.

Damit erklärt sich auch, warum wie eingangs erwähnt, das die Geschichte der Bremischen Bürgerschaft am 14. Oktober 1933 „sang- und klanglos“ endete. Widerstand gegen diesen unrühmlichen Vorgang ist nicht verzeichnet. Das Gesetz über den „Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934 hob dann endgültig alle Volksvertretungen der Länder auf, damit wurde auch ein Schlussstrich unter den bremischen Parlamentarismus gezogen. Erst 1946 – nach dem Ende des verheerenden Krieges und dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur– sollte es einen Neustart für die bremische Bürgerschaft und 1947 eine Wiederauferstehung des Landes Bremen geben.

Vielen Dank.